

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 9

**abgeschlossen am
29. September 2004**

	<u>Seite</u>
1. Congress verlängert Steuersenkungen	1
2. Senat bestätigt Ernennung von Porter Goss zum CIA-Direktor	2
3. Anhörungen zum Bericht der Schlesinger-Kommission	4
4. Haushaltsbewilligungsprozess stockt	5
5. Verkaufsverbot für semiautomatische Waffen läuft aus	6
6. Neuer Vorstoß zur Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit	7
7. Haushaltsbewilligung für innere Sicherheit im Vermittlungsausschuss	8
8. CBO prognostiziert Rekorddefizit für 2004	9
9. Präsidentschaftswahlen: Republikanischer Parteitag stärkt Bush	9

9/2004

0. Der Congress hat seine Sitzungstätigkeit nach der traditionellen Sommerpause am 7. September 2004 wieder aufgenommen.

1. Congress verlängert Steuersenkungen

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben Ende September 2004 mit überwältigenden Mehrheiten ein Steuergesetz angenommen, das mehrere auslaufende Steuersenkungen fortschreibt.

Im Repräsentantenhaus stimmten 339 Abgeordnete für die Annahme der Vorlage, nur 65 dagegen. Die Mehrheit der Demokraten schloss sich der republikanischen Fraktion an.

Der Senat verabschiedete das Gesetz mit 92 gegen 3 Stimmen. Zwei republikanische Senatoren, Lincoln D. Chafee (R.I.) und Olympia J. Snowe (Maine), sowie ein Demokrat, Ernest F. Hollings (S.C.), verweigerten aus haushaltspolitischen Gründen ihre Zustimmung.

Die Kosten der Verlängerung der Steuersenkungen, die zuerst 2001 auf Initiative Präsident Bushs vom Congress angenommen worden waren (vgl. CR 6-7/2001, S. 3), werden auf 145 Mrd. USD geschätzt.

Im einzelnen sieht das neue Steuerpaket vor, dass

- die Anhebung der Obergrenze für den Eingangssteuersatz von 10 Prozent um sechs Jahre verlängert wird,
- der Kinderfreibetrag um 300 USD auf 1.000 USD aufgestockt wird,
- die Gleichstellung von verheirateten mit unverheirateten Paaren (*marriage penalty*) um vier Jahre, sowie
- die Erhöhung des Grundfreibetrags für die Mindeststeuerberechnung (*alternative minimum tax*) um ein Jahr fortgeschrieben wird.

Zusätzlich wurden auf Drängen des Senats Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 13 Mrd. in die Vorlage aufgenommen.

Abgewehrt wurden von den republikanischen Unterhändlern Versuche von Demokraten und gemäßigten Republikanern, die zusätzlichen Ausgaben durch Abgaben auf höhere Einkommen oder Einsparungen zu kompensieren.

Damit steigen in Folge der neuen Runde der Steuersenkungen die Haushaltsdefizite in den kommenden sechs Jahren weiter an (vgl. auch Punkt 8). Obwohl das Defizit des Bundes im laufenden Rechnungsjahr mit über 420 Mrd. USD einen neuen Re-

kordstand erreichen soll, blieben Appelle an die Haushaltsdisziplin der Congress-Mitglieder mit Blick auf die näher rückenden Wahlen wirkungslos.

Vor allem die Mehrheit der Demokraten, die ungeachtet der Zurückweisung ihrer Forderung eines Ausgleichs der Steuerausfälle für das Gesetz stimmten, wollten in den laufenden Wahlkämpfen nicht mit der Ablehnung von Steuererleichterungen konfrontiert werden, die in weiten Teilen den unteren und mittleren Einkommensgruppen zu Gute kommen.

Für Präsident Bush, der eine permanente Festschreibung der von ihm initiierten Steuerersenkungen fordert, ist die Verabschiedung der Verlängerungen ein weiterer Teilerfolg. Allerdings erschwert dieser Erfolg die Erreichung des von Bush für eine mögliche zweite Amtszeit propagierte Ziel einer Halbierung des Bundesdefizits erheblich.

2. Senat bestätigt Ernennung von Porter Goss zum CIA-Direktor

Der Senat hat am 22. September 2004 der Ernennung von Porter J. Goss zum CIA-Direktor mit der deutlichen Mehrheit von 77:17 Stimmen zugestimmt. Goss tritt die Nachfolge von George J. Tenet an, der im Zuge der wachsenden Kritik an den Geheimdienstspannen im Vorfeld des Irak-Krieges und den Untersuchungsergebnissen der 9-11 Kommission (vgl. CR 7-8/2004, S. 1) seinen Abschied genommen hatte.

Goss führte vor seiner Berufung zum CIA-Direktor den Vorsitz im für die Überwachung der Geheimdienste zuständigen *House Select Intelligence Committee*, dessen Leitung er 1997 übernommen hatte. Der 66-jährige Republikaner war 1988 für Floridas 14. Distrikt (Cape Coral, Fort Myers, Naples) in den Congress gewählt worden und hatte in den 1960er Jahren als CIA-Agent gearbeitet.

Die Nachfolge von Goss im Vorsitz des Geheimdienstausschusses tritt Peter Hoekstra (R-Mich.) an, der von *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) am 25. August 2004 ernannt wurde. Hoekstra wurde 1992 für Michigans 2. Wahlbezirk (West-Muskegon, Holland) in den Congress gewählt und von Hastert an zwei anderen Mitgliedern des Ausschusses vorbei, die über eine größere Seniorität verfügen, zum *Committee Chairman* ernannt. Er gilt als treuer Gefolgsmann Präsident Bushs, dessen Positionen er nach Berechnungen von *Congressional Quarterly* im Jahr 2003 in 92 Prozent aller namentlichen Abstimmungen unterstützte.

Dem neuen CIA-Direktor Goss wurde im Rahmen der *Confirmation Hearings* von einigen Demokraten eine zu große politische Nähe zu Bush, aber auch der CIA selbst vorgeworfen, die seiner Aufgabe als unabhängiger Berater des Präsidenten in nachrichtendienstlichen Fragen entgegenstehe. Die Republikaner wiederum unterstrichen seine große Expertise und verwiesen darauf, dass der neue Chef der CIA wie kaum ein anderer die Bedeutung einer grundlegenden Reform des Nachrichtendienstwesens erkannt habe.

Gemeint sind die Empfehlungen der Kommission zur Untersuchung der Terrorangriffe des 11. September, die im Congress eine überparteiliche Reformdiskussion der Geheimdienstarbeit in den USA ausgelöst haben (vgl. CR 7-8/2004, S. 1-4).

Noch vor der Sommerpause beauftragte die Senatsführung in diesem Zusammenhang die Vorsitzende des *Governmental Affairs Committee*, Susan Collins (R-Maine), und *Ranking Minority Member* Joseph I. Lieberman (D-Conn.) mit der Ausarbeitung eines Reformvorschlages bis zum 1. Oktober 2004.

Ziel soll die Reorganisation und Straffung des Nachrichtendienstwesens in den USA sein, wie von der 9-11 Commission nachdrücklich empfohlen. Dabei soll neben einem *National Counterterrorism Center* (NCC) vor allem die Position eines *National Intelligence Director* (NID) geschaffen werden, dem die Kontrolle über 15 derzeit unabhängig voneinander operierende Dienste zufallen soll. Präsident Bush hatte ein solches Reformvorhaben zunächst abgelehnt, nur um sich Anfang September 2004 auf Grund des Drucks aus den Reihen der Republikaner im Congress doch hinter die Initiative zu stellen.

Nach einer Serie von 22 Anhörungen zum Thema, die größtenteils im an sich sitzungsfreien August abgehalten wurden, liegen mittlerweile eine Reihe von Reforminitiativen in beiden Kammern vor (S 2774, HR 5040, HR 5024). Sie zielen alle auf die Schaffung der Position eines NID ab. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gesetzesvorlagen in Fragen wie dem Portfolio des neuen „Intelligence Czar“, seiner Position innerhalb des Kabinetts und der Kontrolle durch den Congress.

Die Gesetzesvorlage von Collins und Lieberman sieht dem Vernehmen nach vor, dass der NID die Führungspositionen von *National Security Agency* (NSA) und *National Reconnaissance Office* (NRO), die beide unter dem Dach des Verteidigungsministeriums angesiedelt sind, besetzen darf. Im Repräsentantenhaus will man dem NID dagegen nur eine Veto-Position in diesem Bereich gegenüber dem Verteidigungsminister einräumen. Dem sollen nach den Vorstellungen der Republikaner im Repräsentantenhaus wesentlich mehr Befugnisse im nachrichtendienstlichen Bereich erhalten bleiben als vom Senat anvisiert.

Zwischenzeitlich hat die republikanische Fraktionsführung im Repräsentantenhaus allerdings ihr Einlenken signalisiert. „Wir haben ein sehr großes Maß an Gemeinsamkeit“, so Hoekstra, der neue Vorsitzende des *House Select Intelligence Committee*, der Ende September prognostizierte, dass der Congress Präsident Bush noch vor den Novemberwahlen ein entsprechendes Gesetz zur Unterschrift vorlegen wird.

Genau davor warnte allerdings eine Gruppe von Sicherheitspolitikern um Henry Kissinger und George P. Shultz, die den Congress öffentlich davor warnte, die grundlegende Reform des Nachrichtendienstwesens auf der Basis eines „election timetable“ vornehmen zu wollen.

3. Anhörungen zum Bericht der Schlesinger-Kommission

Der Streitkräfteausschuss des Senats unter Leitung seines Vorsitzenden John M. Warner (R-Va.) hat sich im September 2004 in öffentlichen Anhörungen mit den Ergebnissen des Untersuchungsberichts der Schlesinger-Kommission zum Folterskandal im Irak auseinandergesetzt (vgl. CR 5/2004, S. 1).

Die Kommission, die von Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld eingesetzt worden war und vom früheren Verteidigungsminister James Schlesinger geleitet wurde, hatte am 24. August 2004 ihren Untersuchungsbericht zu den systematischen Folterungen von Kriegsgefangenen im Militärgefängnis Abu Ghraib vorgelegt („Final Report of the Independent Panel to Review DoD Detention Operations“).

Die Kommission, der neben Schlesinger der ehemalige Verteidigungsminister Harold Brown, die frühere republikanische Abgeordnete Tillie K. Fowler und der pensionierte Luftwaffengeneral Charles A. Horner angehörten, kommt in ihrem 92-seitigen Bericht (abrufbar unter www.imformationclearinghouse.info/article6785.htm) zu dem Schluss, dass für die Folterungen im Irak jenseits des Personals im Militärgefängnis selbst auch das Department of Defense und der Central Command Verantwortung tragen.

Im Einzelnen stellt die Kommission u.a. fest, dass

- es 66 nachweisbare Folterfälle in Afghanistan, dem Irak und in Guantanamo-Bay gab, wobei fünf Gefangene starben. Weitere 23 Todesfälle werden derzeit noch untersucht;
- die Folterpraxis weit verbreitet war und nicht nur einer kleinen Gruppe von US-Soldaten in den Militärgefängnissen angelastet werden kann;
- dass in Abu Ghraib ein US-Soldat für 75 Gefangene zuständig war, während auf Guantanamo das Verhältnis bei 1:1 liegt;
- der frühere Oberbefehlshaber im Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, die Führungsprobleme im Militärgefängnis Abu Ghraib hätte aktiver korrigieren sollen, nachdem sie ihm bekannt wurden;
- die in den Folterskandal im Irak verwickelten Soldaten auf ihre Aufgaben unzureichend vorbereitet waren und ebenso mangelhaft kontrolliert wurden;
- die CIA mit der Kommission nur unzureichend zusammengearbeitet hat und eine weitere Untersuchung der Rolle des Geheimdienstes im Folterskandal geboten erscheint.

Die Aussagen der Schlesinger-Kommission decken sich mit einer internen Untersuchung der US-Armee, die unter Führung der Generäle George R. Fay und Anthony R. Jones zu dem Ergebnis kommt, dass die systematischen Folterungen in Abu Ghraib

nicht nur das Ergebnis individueller Entgleisungen, sondern auch Ausdruck eines „ Mangels an Führung“ waren.

Fay und Jones stellen in ihrem Bericht auch fest, dass die von der CIA benutzten Verhörmethoden die entsprechenden Richtlinien des Verteidigungsministeriums verletzt haben. Außerdem empfehlen sie, fünf hochrangige Offiziere, die in Abu Graib Dienst taten, disziplinarrechtlich zu belangen.

Im Congress wurden die ungeschminkten Berichte der beiden Untersuchungskommissionen mit großer Zustimmung aufgenommen. Während Republikaner wie Warner die Notwendigkeit des genauen Studiums der Untersuchungsberichte unterstrichen, um Empfehlungen an den Präsidenten machen zu können, verlangten Demokraten wie *House Minority Leader* Nancy Pelosi (Cal.) und Senator Patrick Leahy (Vt.) die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

„Es ist unumgänglich“, so Pelosi, „dass der Congress eine unabhängige Untersuchung der Gefangenenmisshandlungen vornimmt und dabei die Politik der Administration überprüft und jene Rechtstheorien, die direkt oder indirekt zu den Taten in Abu Ghraib und anderswo geführt haben.“

Senator Warner unterstrich demgegenüber, dass er die Schlesinger-Kommission für absolut unabhängig in ihrem Urteil erachtet und keine Notwendigkeit für eine weitere Untersuchung des Folterskandals von außen sieht.

4. Haushaltsbewilligungsprozess stockt

Der Congress hat kurz vor dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2005 am 1. Oktober 2004 erst eines der dreizehn erforderlichen Bewilligungsgesetze (nämlich für *Defense*) verabschiedet (vgl. CR 7-8/2004, S. 4).

Damit steht die Perspektive einer Sammelbewilligung im Raum (*Omnibus Appropriations Bill*), auf die sich beide Kammern im Vermittlungsausschuss allerdings vor dem 8. Oktober einigen müssten, dem Termin, zu dem der Congress seine Sitzungstätigkeit mit Blick auf die Endphase des Wahlkampfes eigentlich beenden wollte.

Die Chancen hierfür werden von beiden parteipolitischen Lagern, die sich wechselseitig die Verantwortung für die Lähmung des Haushaltsbewilligungsprozesses anlasten, allerdings eher skeptisch eingeschätzt. „Zu sagen, dass wir in einem Zustand der Unordnung sind“, so *Senate Minority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) in diesem Zusammenhang, „ist geradezu milde formuliert“.

Die Republikaner, die beide Kammern des 108. Congress kontrollieren, hoffen nun darauf, dass sie ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und doch noch vor den Novemberwahlen eine Entscheidung herbeiführen können. Ansonsten müsste der

Congress seine Arbeit nach den Wahlen noch einmal aufnehmen, um den Haushaltsbewilligungsprozess 2005 abzuschließen. Freilich besteht im Zusammenhang mit einer Sammelbewilligung generell die Gefahr, dass die Haushaltsentscheidungen durch so genannte „rider“ befrachtet werden, also beliebige Zusätze einzelner Parlamentarier(gruppen), die der Congress dann aber nur noch um den Preis einer Ablehnung der Gesamtvorlage zurückweisen könnte.

5. Verkaufsverbot für semiautomatische Waffen läuft aus

Die republikanische Führung des Repräsentantenhauses hat im September 2004 die Frist für die Verlängerung des 1994 beschlossenen Verkaufsverbots für bestimmte Typen semiautomatischer Waffen verstreichen lassen, ohne eine Abstimmung anzusetzen. Damit läuft das Verbot mit sofortiger Wirkung aus.

Der Senat hatte im März dieses Jahres mit 52 gegen 47 Stimmen eine Verlängerung des Verbots als Zusatz zu einem Gesetzentwurf verabschiedet, welcher die Haftung für Waffenhersteller bei Missbrauch ihrer Produkte begrenzen sollte.

Nach dem Votum des Senats hatte jedoch die Waffenlobby um die *National Rifle Association* (NRA) gegen die Entscheidung mobil gemacht.

Im Repräsentantenhaus lehnte es dann der Vorsitzende der republikanischen Fraktion, Tom DeLay (Tx.) kategorisch ab, die Beratung eines entsprechenden Gesetzesantrags im Plenum zuzulassen. DeLay begründete dies mit der fehlenden Mehrheit für das Gesetz und dem bestehenden Zeitdruck.

Tatsächlich wollte die republikanische Congress-Führung jedoch ihren Fraktionsmitgliedern eine schwierige Abstimmung im Wahljahr ersparen. Während große Mehrheiten der Bevölkerung ein Verbot semiautomatischer Waffen befürworten, können Verbände wie die NRA, die allein über 4 Mill. Mitglieder aufweist und zumeist republikanische Kandidaten unterstützt, erheblichen Druck auf die Partei ausüben.

Hinzu kam, dass viele Demokraten im Congress die Mobilisierung der „Waffennarren“-Lobby in Folge der Verabschiedung des Gesetzes für ihre Niederlage in den Congress-Wahlen 1994 mit verantwortlich machten.

Dem gegenüber hatte sich Präsident Bush überraschenderweise für eine Beibehaltung des Verbots ausgesprochen. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass es die Administration unterlassen hat, sich in irgendeiner Form aktiv für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes einzusetzen.

Die Konsequenzen des Auslaufens des Verbots sind umstritten. Gegner des Gesetzes heben hervor, dass die Bestimmungen ohnehin weitgehend ineffektiv waren. Sie streichen insbesondere heraus, dass das Gesetz bisher nur den Verkauf von weniger als

zwei Dutzend Waffentypen untersagt hat, die gängige Militärwaffen imitieren (*military style assault weapons*).

Die Befürworter betonen dagegen, dass die Zahl der Verbrechen, in denen solche Waffen benutzt wurden, in den letzten zehn Jahren deutlich zurückgegangen seien. Zudem entfalle mit dem Gesetz auch das Verbot des Verkaufs von Magazinen mit mehr als zehn Schuss Munition. Damit könnte die Bereitschaft zum Einsatz von semiautomatischen Waffen bei Gewaltdelikten weiter eskalieren.

Angesichts der Vielzahl wichtiger konkurrierender Themen ist es wenig wahrscheinlich, dass die republikanischen Mehrheiten im Congress einen politischen Preis für das Auslaufen des populären Verbots in den Novemberwahlen zahlen müssen.

6. Neuer Vorstoß zur Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit

Konservative Republikaner haben Mitte September 2004 im Repräsentantenhaus und im Senat einen neuen Vorstoß unternommen, um eine Gesetzesvorlage zur Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit noch in der laufenden Sitzungsperiode umzusetzen.

Der Gesetzentwurf präsentiert eine drastisch reduzierte Version der 2001 von Präsident George W. Bush vorgestellten Initiative zur Stärkung des Engagements kirchlicher und religiöser Organisation im Sozialbereich (*faith-based initiative*, vgl. CR 3/2001, S. 7 und 1/2002, S. 3).

Der Verzicht auf zentrale Elemente von Bushs Vorschlag, der von republikanischer wie demokratischer Seite zunächst relativ wohlwollend aufgenommen worden war, erwies sich angesichts grundlegender Differenzen über staatliche Auflagen für kirchlich-religiöse Gruppen als unabdingbar.

Fallen gelassen wurde vor allem der Vorschlag, solchen Gruppen Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu gewähren, die für private Sozialinitiativen zur Verfügung gestellt werden. Während konservative Republikaner auf maximalen Freiräumen in der Gestaltung der Sozialprojekte bestanden, insistierten Demokraten und gemäßigte Republikaner auf die Beibehaltung von Antidiskriminierungsbestimmungen.

Die von Senator Rick Santorum (R-Pa.) und dem Abgeordneten Roy Blunt (R-Mo.), dem republikanischen Fraktionsgeschäftsführer des Repräsentantenhauses, propagierte Version beschränkt sich demgegenüber auf Steuervergünstigungen, für die in den kommenden zehn Jahren ein Finanzierungsvolumen von 13 Mrd. USD vorgesehen ist.

Sowohl der Senat wie das Repräsentantenhaus haben im zurückliegenden Jahr bereits entsprechende Gesetzesvorlagen mit großen Mehrheiten angenommen. Die Aushand-

lung eines gemeinsamen Gesetzentwurfes der beiden Kammern wird jedoch im Senat von den Demokraten blockiert.

Die Demokraten befürchten, dass sie, wie in anderen Fällen, von den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses ausgeschlossen werden. Dies würde es den Republikanern erleichtern, im Vermittlungsverfahren kontroverse Elemente in die gemeinsame Vorlage aufzunehmen und gegen demokratische Vorbehalte durchzusetzen.

Santorum und Blunt wollen nun die Vorlage als Zusatz zu einer Vorlage des Vermittlungsausschusses einbringen, der für die Aushandlung eines gemeinsamen Gesetzentwurfes zur Änderung der Unternehmensbesteuerung eingesetzt worden ist. Allerdings schätzen die beiden Senatoren selbst die Aussichten für eine Verabschiedung als gering ein.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden zwischenparteilichen Polarisierung im Vorfeld der anstehenden Wahlen sind die Chancen für eine Kooperation selbst in weitgehend unkontroversen Fragen gering.

7. Haushaltsbewilligung für innere Sicherheit im Vermittlungsausschuss

Der Senat hat am 14. September 2004 seine Vorlage zum Bewilligungsgesetz 2005 für *Homeland Security* verabschiedet („Fiscal Year 2005 Homeland Security Appropriations“). Die Entscheidung, die mit 93:0 Stimmen getroffen wurde,

- sieht für den Bereich innere Sicherheit im Haushaltsjahr 2005 Mittel in Höhe von 33,8 Mrd. USD vor.

Das wären 5 Prozent mehr als Präsident Bush vom Congress für den Bereich „Homeland Security“ gefordert hatte.

Dem einstimmigen Ergebnis der Schlussabstimmung war eine scharfe Auseinandersetzung über 16 Zusätze der Demokraten vorausgegangen, die allesamt scheiterten und darauf abzielten, zusätzliche Mittel für den Schutz von Häfen, Bahnlinien und städtischen Ballungszentren zur Verfügung zu stellen. Während die Demokraten der Administration in diesen Bereichen Defizite in der Terrorismusabwehr vorwarfen, brandmarkten die Republikaner im Senat die Flut der demokratischen *Amendments* als durchsichtiges Wahlkampfmanöver.

Nun müssen Senat und Repräsentantenhaus ihre Bewilligungsgesetzentwürfe für „Homeland Security“ für das Haushaltsjahr 2005 im Vermittlungsausschuss noch aufeinander abstimmen.

8. CBO prognostiziert Rekorddefizit für 2004

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat Anfang September 2004 neue Prognosen zur Entwicklung des Bundeshaushalts vorgelegt. Sie decken sich im Großen und Ganzen mit den Schätzungen des *Office of Management and Budget* (OMB) im Weißen Haus (vgl. CR 7-8/2004, S. 9) und zeichnen das Bild einer wachsenden Staatsverschuldung in den USA.

Danach ist für das laufende Haushaltsjahr 2004

- von einem Defizit in Höhe von 422 Mrd. USD auszugehen.

Für das Haushaltsjahr 2005 rechnet CBO mit einem Minus von 348 Mrd. USD im amerikanischen Bundeshaushalt. 2006 soll das Defizit dann bei 298 Mrd. USD, 2007 bei 308 Mrd. USD und im Jahr 2008 bei 318 Mrd. USD liegen. Insgesamt geht CBO für die Jahre 2005 bis 2014 von einem Defizit von 2,3 Billionen USD im amerikanischen Bundeshaushalt aus.

Erwartungsgemäß wurden die neuesten Haushaltsprognosen des CBO von den parteipolitischen Lagern unterschiedlich eingeschätzt.

Die Republikaner unterstrichen, dass das Defizit für 2004 immerhin 56 Mrd. USD unter den ursprünglichen Prognosen des CBO liegt und werteten dies als deutliches Indiz für eine Belebung der Konjunktur. „Die Steuererleichterungen, die wir verabschiedet haben, um für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze zu sorgen, greifen“, so Jim Nussle (R-Iowa), der Vorsitzende des *Budget Committee* im Repräsentantenhaus.

Die Demokraten hingegen werteten die neuesten Haushaltsprognosen des CBO als Zeichen für eine verfehlte Politik des Präsidenten. „Das ist ein absolut unhaltbarer Kurs für das Land“, so Kent Conrad (N.D.), der führende Demokrat im *Senate Budget Committee*, der Bush vorwarf, „keinen Plan für eine Veränderung“ zu besitzen.

Jenseits der parteipolitischen Polemik warnte Alan Greenspan von der *Federal Reserve* in Anhörungen vor dem *House Budget Committee* kürzlich davor, dass die langfristigen Konsequenzen der Defizitentwicklung nicht unterschätzt werden dürften, auch wenn die derzeitige Konjunkturentwicklung in den USA durchaus positiv zu bewerten sei.

9. Präsidentschaftswahlen: Republikanischer Parteitag stärkt Bush

Der republikanische Wahlparteitag in New York Ende August/Anfang September 2004 hat Präsident Bush offiziell als Präsidentschaftskandidat nominiert und in groben Zügen sein Programm für die angestrebte zweite Amtszeit vorgestellt.

Wie schon der demokratische Parteitag des Vormonats (vgl. CR 7-8/2004, S. 9) stand der Konvent der Republikaner unter den Vorzeichen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Werbung für den Kandidaten und dessen Führungsqualitäten.

Im Unterschied zu ihren Konkurrenten setzten die Republikaner jedoch einen deutlich stärkeren Akzent auf die Kritik an dem Kandidaten der Gegenpartei, Senator John Kerry (Mass.).

Die Höhepunkte der professionell inszenierten Leistungsschau der Administration bildeten neben den Reden von George und Laura Bush die Auftritte von Senator John McCain (Ariz.), Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien, sowie Rudy Giuliani, dem früheren Bürgermeister von New York.

Im Gegensatz zu den über die Parteigrenzen hinweg populären, gemäßigt-konservativen Stars der Partei wurden die Exponenten des rechten religiös-traditionalistischen Flügels von der Parteitagsregie im Hintergrund gehalten.

Ungeachtet kritischer Bemerkungen von prominenten Vertretern der *Religious Right* wie Pat Robertson, konnten die Konservativen durch das weitgehende Übernehmen ihrer Kernforderungen in das Parteiprogramm besänftigt werden.

Während McCain, Schwarzenegger und Guliani betonten, die Partei bleiben für Andersdenkende wie sie selbst offen, schreibt das Wahlprogramm die konservativen Positionen zu Streitfragen wie Abtreibung, gleichgeschlechtlicher Ehe und Stammzellenforschung fest.

Den kritischen Ton gegen John Kerry setzte der Eröffnungsredner, Senator Zell Miller (Ga.), der nominell noch der demokratischen Partei angehört. Miller griff Kerry in der Sache wie der Form äußerst scharf an und pries Bush als zuverlässige und führungsstarke Alternative in sicherheitspolitisch schwierigen Zeiten.

Die übrigen Redner variierten das Grundthema mit einer Serie von Attacken, die Kerrys nuanciertere Positionen insbesondere zum Irak-Krieg wie dem laufenden Wiederaufbau und den Befriedungsbemühungen als Zeichen einer wankelmütigen und opportunistischen Politik werteten.

Bush stellte in seiner Abschlussrede eine lange Liste von wirtschafts- und sozialpolitischen Initiativen vor, die wie die Reform des Rentensystems zumeist in der ersten Amtszeit liegen gebliebene Vorhaben wieder aufgreifen. Offen blieb allerdings die Finanzierung angesichts der Entwicklung des Haushaltsdefizits.

Den Fluchtpunkt der Angriffe auf Kerry skizzierte Vizepräsident Cheney in einem Re-deauftritt kurz nach Abschluss des Parteitags, in dem er nahe legte, die Wahl Kerrys würde einen erneuten schweren Terrorangriff nach sich ziehen. Obwohl nach wenigen Tagen die Äußerung Cheneys deutlich abgemildert wurde, stand die Zielrichtung der Angriffe unübersehbar im Raum.

In Meinungsumfragen konnte Bush in Folge des Parteitags gegenüber seinem Konkurrenten deutlich zulegen. Nach einer Gallup-Umfrage von Anfang September 2004 baute Bush seinen Vorsprung gegenüber Kerry auf knapp 7 Prozent aus (52 gegen 47 Prozent).

Während die Vielzahl der Meinungsumfrageergebnisse mit Differenzen zwischen 0 und 12 Prozent zugunsten von Bush stark streut, bestätigt die Mehrheit den aufgezeigten Trend und den Zusammenhang mit der effektiven Infragestellung der Führungsqualitäten des Senators in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Kerrys Wahlkampfteam hat mit der Aufnahme einiger früherer Berater Bill Clintons in die Führungsspitze und einer Kurskorrektur auf die abfallenden Zustimmungswerte reagiert. Kerry und sein Vizepräsidentenskandidat, Senator John Edwards (S.C.) haben ihrerseits den Tonfall gegenüber Bush drastisch verschärft.

Ihre Kritik konzentriert sich vor allem auf die anhaltend schwierige Lage im Irak und die Versäumnisse der Administration im Vorfeld des Krieges. Darüber hinaus halten sie Bush vor, den Krieg gegen den internationalen Terror, insbesondere in Afghanistan, sowie den Ausbau des nationalen Sicherheitsapparates vernachlässigt und nicht ausreichend finanziert zu haben.

Die wechselseitige Verschärfung der Rhetorik und die offensichtliche Wirksamkeit des negativen Werbestils lässt für den verbleibenden Wahlkampf harte Auseinandersetzungen erwarten.

Für Kerry bieten die drei zwischen den Kandidaten vereinbarten Rededuelle, die von den nationalen Fernsehsendern ausgestrahlt werden, die vielleicht beste Chance, den verlorenen Boden in der Sicherheitspolitik wieder zu gewinnen.

Der Senator gilt als gewandter und harter Debatten-Kontrahent. Doch Bush hat sich nicht nur eine starke Ausgangsbasis für den Schlusspurt des Wahlkampfes gesichert, sondern in der Vergangenheit auch bewiesen, dass er durch sein sicheres Auftreten und die Konzentration auf zentrale Positionen in Rededuellen nur schwer zu schlagen ist.